



**Dr. Barbara Hendricks**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bundesministerin für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Dr. Barbara Hendricks, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn  
Michael Schell  
Schillerstraße 7  
63584 Gründau

Berlin, **09. Sep. 2016**

**Dr. Barbara Hendricks MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73213  
Fax: +49 30 227-76213  
barbara.hendricks@bundestag.de

**Wahlkreisbüro:**

Wiesenstr. 31-33  
47533 Kleve  
Telefon: +49 2821-98527  
Fax: +49 2821-79797  
barbara.hendricks@wk.bundestag.de

[www.barbara-hendricks.de](http://www.barbara-hendricks.de)

Lieber Michael Schell,

ich danke Dir für die Übermittlung des aktuellen Diskussionsstandes der AG 60plus zum Themenbereich „Wohnungsbau“ für das Wahlprogramm. Es freut mich sehr, dass Ihr dieses Thema intensiv diskutiert und damit einen wichtigen Beitrag zur Programmdebatte der SPD leistet.

Auch wenn die Engpässe auf vielen Wohnungsmärkten noch nicht überwunden sind, hat die SPD in der Bundesregierung seit 2013 eine Menge erreicht. Es macht für den Alltag vieler Menschen einen großen Unterschied, wenn die SPD regiert:

Wir haben das Wohngeld zum ersten Mal seit 2009 erhöht. Wir haben den Grundsatz „Wer bestellt, der zahlt“ bei den Wohnungsmaklern durchgesetzt. Wir haben die Mietpreisbremse eingeführt. Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf über 1 Milliarde Euro pro Jahr verdoppelt. Die Bundesregierung und die Länder sind sich einig, dass ab 2017 noch einmal 500 Millionen Euro dazukommen sollen. Für uns gehören die Themen Wohnen und Integration zusammen: Wir haben die Mittel für die Soziale Stadt auf 200 Millionen Euro verfünffacht. Und wir haben die staatlichen Zuschüsse beim KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ wieder eingeführt.

Zu Recht sprecht Ihr die Notwendigkeit an, die Baukosten zu senken. Eine Überprüfung baurechtlicher Vorschriften, Normen und Standards ist dringend erforderlich. Dafür braucht man – zugegeben – einen langen Atem, weil die Kompetenzen hier breit gestreut sind. Ein großer Fortschritt wäre zum Beispiel, wenn die Länder ihre jeweiligen Bauordnungen vereinheitlichen und damit den „Regelungsdschungel“ lichten. Auf unsere Anregung hin hat das privatwirtschaftlich getragene Deutsche Institut für Normung e. V. (DIN) einen Sonderausschuss eingerichtet, der die Normen im Baubereich unter anderem hinsichtlich ihrer Effizienz und ihrer Widerspruchsfreiheit überprüft.

Ich möchte Euch gar nicht widersprechen: Das reicht noch nicht aus. Eure Vorschläge, wie zum Beispiel die Stärkung von Genossenschaften



oder die Unterstützung finanzschwacher Haushalte beim Erwerb von Eigentum, unterstütze ich deshalb. Ich hoffe, dass wir hier mit unserem Koalitionspartner noch etwas anschieben können.

Auch Euren Anmerkungen zur sozialen Durchmischung von Quartieren stimme ich zu. Unser Ziel als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss eine Stadt sein, in der alle Menschen ein zuhause haben und sozial Benachteiligte nicht an die Ränder gedrängt werden.

Das fordert uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen Ebenen. Im Bund, in den Ländern und auch in den Kommunen. Der Bund und die Länder müssen zusätzliche Mittel bereitstellen. Auf Initiative der SPD wird der Bund ab dem Jahr 2017 1,5 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Ich setze mich außerdem dafür ein, dass der Bund in diesem Bereich wieder eine eigene im Grundgesetz geregelte Kompetenz erhält. Neue Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum entstehen aber nur, wenn die Kommunen dieses Thema zu einem ihrer Schwerpunkte machen. Wir haben in den vergangenen 20 Jahren einen Rückzug vieler Kommunen aus dem öffentlichen Wohnungsbau erlebt. Viele Wohnungen wurden an privatwirtschaftliche Akteure verkauft. Dabei kann es nicht bleiben. Leistungsfähige öffentliche Wohnungsbauunternehmen und eine Flächenvergabe, die nicht nur den höchsten Verkaufspreis, sondern kreative und sozial inklusive Konzepte in den Mittelpunkt stellt, sind dafür dringend erforderlich.

Ich finde es außerdem richtig, dass Ihr das Thema „altersgerechtes Wohnen“ mit in den Blick nehmt. Aktuelle Zahlen zeigen, dass bis 2030 fast 30 Prozent der Menschen älter als 65 sein werden. Nur zwei Prozent der Wohnungen in Deutschland sind altersgerecht. Hier besteht also noch erheblicher Handlungsbedarf. Es freut mich sehr, dass Ihr mit eurem Projekt „Wohnbau 60 plus“ in Gründau hierzu einen Beitrag leistet. Ich drücke Euch dafür beide Daumen.

Noch einmal einen herzlichen Dank für deinen Beitrag, den ich auch an das Mitglied der zuständigen Perspektiv-AG, Florian Pronold, übermittelt habe. Er wird es sich ansehen.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Herdink